

Niederschrift Nr. 19 über die Sitzung des Schulausschusses

Sitzungstermin: Donnerstag, 04.02.2010
Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr
Ende der Sitzung: 19:30 Uhr
Sitzungsort: Ratssaal, Verw. gebäude II

Anwesend:

Vorsitzender
Swieter, Benjamin

SPD-Fraktion

Bamminger, Berendine
Bornemann, Bernd
Mecklenburg, Rico
Meinen, Regina
Stöhr, Friedrich für Elfriede Meyer

CDU-Fraktion

Bongartz, Helmut für Carmen Verlee (bis 19:20 Uhr)
Hegewald, Reinhard

FDP-Fraktion

Bolinus, Erich für Heino Ammersken
Bolinus, Rolf

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Renken, Bernd

Fraktion DIE LINKE. Grundmandat

Koziolk, Stephan-Gerhard

Stimmberechtigte Sonstige Mitglieder

Buischer, Herbert
Geerken, Rainer (bis 19:10 Uhr)
Kalvelage, Arthur
Lorenz, Gerhard für Josef Kaufhold

Verwaltungsvorstand

Lutz, Martin

von der Verwaltung

Sprengelmeyer, Thomas
Buß, Thomas
Lier, Robert
Schmidt, Heinz-Bernhard (ab 18:00 Uhr)
Fischer-Joost, Helmut

Protokollführung

Rauch, Agnes

Niederschrift Nr. 19 über die Sitzung des Schulausschusses

Öffentlicher Teil

TOP 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Herr Swieter begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

Beschluss: Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 2 Verpflichtung sonstiger stimmberechtigter Mitglieder gemäß § 28 NGO

Dieser Punkt entfällt, da kein neues sonstiges stimmberechtigtes Mitglied anwesend ist.

TOP 3 Feststellung der Tagesordnung

Beschluss: Die Tagesordnung wird festgestellt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 4 Genehmigung der Niederschrift Nr. 18 über die öffentliche Sitzung des Schulausschusses am 19.11.2009

Beschluss: Die Niederschrift Nr. 18 über die öffentliche Sitzung des Schulausschusses am 19.11.2009 wird genehmigt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 5 Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen gestellt.

B E S C H L U S S V O R L A G E N

TOP 6 Verwaltung der Gebhard-Dinkela-Stiftung
Vorlage: 15/1448

Herr Lutz erklärt, es sei aner kennenswert, wenn Menschen von ihrem Vermögen am Ende ihres Lebens einen sinnvollen Gebrauch machen würden. Andererseits gäbe es bei der Stadt Emden einige Stiftungen, die auch von der Verwaltung bearbeitet würden. Eigentlich sei es nicht unbedingt Kernaufgabe eines Rates und einer Verwaltung, sich um Stiftungen zu kümmern. Hierfür würde es das Rechtsinstrument der Bürgerstiftung geben. Heute wolle er jedoch um die Zustimmung zu dieser Beschlussvorlage bitten, um den Willen des früheren Lehrers der BBS II genüge zu tun können.

Herr Buß ergänzt, es sei eine Stiftungssumme von 80.000 € für die Schüler der BBS II aus gelobt worden für besonders herausragende schulische Leistungen oder besondere Leistungen im sozialen Bereich, im Bereich Sport oder auch im Bereich „Jugend forscht“. Herr Gebhard Dinke-

Niederschrift Nr. 19 über die Sitzung des Schulausschusses

la sei viele Jahre Lehrer an der BBS II gewesen und habe diese Schule wesentlich mit geprägt. Abschließend erklärt Herr Buß, die Anlage dieses Stiftungsvermögens habe in festverzinslichen Wertpapieren der Bundesrepublik Deutschland zu erfolgen. Die Auswahlvorschläge der Preisträger würden seitens des Lehrerkollegiums der BBS II erfolgen.

Herr Swieter bedankt sich und bittet um Wortmeldungen.

Herr Bornemann bemerkt, seine Fraktion werde selbstverständlich dieser Vorlage zustimmen. Er würde aber die Worte von Herrn Lutz nur bekräftigen können. Es sei schön, wenn sich Privatmenschen für eine Stiftung bereit finden würden, doch sei es nicht Sache des Rates und der Verwaltung, diese Dinge zu verwalten.

Herr Bongartz hält dieses für eine äußerst erfreuliche Angelegenheit, die ja bereits von den beiden Gymnasien bekannt sei. Auch diese Stiftung sei ganz gezielt ausgerichtet auf diese Schule. Bei einer Bürgerstiftung könne der Stiftungswille nicht abgebildet werden. Dennoch sollte geprüft werden, ob für die Zukunft auch dieser Wille in einer Bürgerstiftung berücksichtigt werden könne.

Herr Bolinius teilt mit, auch seine Fraktion werde dieser Vorlage zustimmen. Er hoffe, dass sich noch sehr viele Emdener finden würden, die in ähnlicher Form eine Stiftung gründen möchten.

Herr Renken erklärt, auch er werde der Vorlage zustimmen. Bei der Diskussion um die Bürgerstiftung sollte man allerdings bedenken, dass man auch den Willen der Menschen respektiere. Er bittet den Kämmerer darum, tätig zu werden und andere Wege aufzuzeigen mit entsprechenden Motivations- und Informationshilfen.

Beschluss: Die in Gründung befindliche Gebhard-Dinkela-Stiftung wird nach ihrer Genehmigung als nicht rechtsfähige Stiftung vom Fachdienst Schule und Sport der Stadt Emden verwaltet und von diesem im Rechts- und Geschäftsverkehr vertreten.
Innerhalb von drei Monaten nach Ablauf eines Kalenderjahres ist ein Tätigkeitsbericht zu fertigen, aus dem sich die Entwicklung des Stiftungskapitals und die Verwendung der Stiftungserträge ergeben. Dieser Tätigkeitsbericht ist unverzüglich mit allen Unterlagen dem Rechnungsprüfungsamt der Stadt Emden im Rahmen der nach § 119 Abs. 3 Ziffer 3 NGO durch den Rat der Stadt Emden auf das Rechnungsprüfungsamt übertragenen Aufgaben zur Prüfung vorzulegen.

Ergebnis: einstimmig

TOP 7 Freiwilliger kommunaler Zuschuss zu den Schul- und Lernmitteln
Vorlage: 15/0602/4

Herr Buß erklärt, die Verwaltung schlage vor, die Regelung bezüglich des freiwilligen kommunalen Zuschusses zu den Schul- und Lernmitteln unter dem Vorbehalt der Genehmigung des Haushalts 2010 im Grunde für das kommende Schuljahr wie im vergangenen Jahr durchführen zu lassen. Bereits in diesem Schuljahr sei mit der Barauszahlung des Zuschusses ein Weg gewählt worden, der im Verwaltungsverfahren etwas einfach zu handhaben sei.

Weiter führt er aus, im letzten Schuljahr seien 138 Antragsteller entsprechend bezuschusst worden. Hierbei hätte es sich überwiegend um Wohngeldempfänger gehandelt. Abschließend weist Herr Buß darauf hin, dass es sich hierbei um eine freiwillige kommunale Leistung handele.

Niederschrift Nr. 19 über die Sitzung des Schulausschusses

Herr Bornemann teilt mit, seine Fraktion stimme dieser Verlängerung zu und begrüße auch diese etwas bessere Abwicklung. Jedoch sei seines Erachtens eigentlich bei Schul- und Lernmitteln das Land in der Pflicht zu sehen.

Herr Bongartz erinnert daran, dass es die SPD-Landesregierung gewesen sei, die in Niedersachsen die Lernmittelfreiheit abgeschafft habe.

Er betont, seine Fraktion habe seinerzeit aus kommunaler Verantwortung zugestimmt und erinnert daran, dass hier viel mehr geleistet werde, als eigentlich vorgesehen sei. Es sei aber eine gute Einrichtung, die man auch so belassen sollte.

Herr Bolinius führt aus, auch seine Fraktion werde dieser Beschlussvorlage zustimmen, da sie auch seinerzeit den Beschluss mitgetragen hätten. Da dieser Zuschuss im Rat völlig unstrittig sei, regt er an, die Anspielungen auf das Land zu unterlassen.

Herr Bornemann bittet die Verwaltung um Klärung, wann die Lernmittelfreiheit von welcher Landesregierung abgeschafft worden sei.

Anmerkung der Protokollführung:

Das Niedersächsische Gesetz über die Lernmittelfreiheit wurde zum 01.08.2004 von der Landesregierung der CDU/FDP außer Kraft gesetzt.

Herr Renken erklärt, auch seine Fraktion werde der Weiterführung dieses kommunalen Zuschusses zustimmen. Die Diskussion sei lange und heftig geführt worden und habe eine solide Grundlage gehabt. Mittlerweile hätten sich die Rechtsverhältnisse etwas geändert und der Gesetzgeber berücksichtige die Gruppen nicht, die hier gefördert würden. Dieses sei seines Erachtens bedauerlich und unverständlich. Aber man müsse bei der Linie bleiben, die einmal angefasst worden sei. Dieses sage er auch unter den Bedingungen einer Haushaltssicherung. Er gehe davon aus, dass diese Mittel in den Haushaltsentwurf eingestellt worden seien.

Herr Lutz betont, das Haushaltsrecht würde beim Rat liegen und dieser hätte den Haushalt zu bewilligen. Wenn der Haushalt der Kommunalaufsicht vorgelegt werde, seien dort genehmigungspflichtige Teile wie Kassenkredite und Kreditaufnahmen enthalten, zu der die Kommunalaufsicht Stellung beziehen werde. Wenn jetzt die entsprechenden Gelder nicht zur Verfügung gestellt würden, dann müsse man sich in Emden darüber unterhalten, was man sich nicht mehr leisten könne.

Beschluss: Die Stadt Emden gewährt -vorbehaltlich der Genehmigung des Haushalts 2010- auf der Grundlage der bisherigen Regelung weiterhin einen freiwilligen kommunalen Zuschuss zu den Schul- und Lernmitteln.
Diese Regelung läuft spätestens aus, wenn eine bundes- bzw. landesrechtliche Regelung in Kraft tritt, die eine entsprechende Berücksichtigung der Schul- und Lernmittel beinhaltet.

Ergebnis: einstimmig

Niederschrift Nr. 19 über die Sitzung des Schulausschusses

TOP 8 Schulentwicklungsplanung der Stadt Emden;
- Umzug der Grundschule Nesserland
Vorlage: 15/1029/2

Herr Buß erläutert die Vorlage ausführlich und bittet abschließend darum, dem Vorschlag der Verwaltung zuzustimmen, den Umzug der Grundschule Nesserland um ein Jahr aufzuschieben, damit dann auch vernünftige Startbedingungen geschaffen werden könnten.

Herr Swieter bedankt sich für die Ausführungen und bittet um Wortmeldungen.

Herr Bolinius findet es sehr bedauerlich, dass die Planungen nach einem Jahr bereits erneuert werden müssten. Ihm würden jedoch die Kosten für die mobilen Klassenräume relativ hoch erscheinen. Er bittet um Auskunft, wie hoch die Kosten für die Anmietung dieser Räume für ein Jahr seien. Weiter fragt er an, um welche Kosten es sich bei den finanziellen Auswirkungen in Höhe von 53.000 € handeln würde.

Herr Renken zeigt sich verwundert darüber, dass eine Klasse mit 22 Schülern im Hauptschulbereich aufgrund der Zunahme um einen Schüler geteilt werde. In der Vorlage sei dieses zwar begründet worden, er habe sich jedoch kundig gemacht und in dem Erlass heiße es, dass Abweichungen möglich seien bei mindestens 40 % Anteil an der Klasse mit Sprach- oder Lerndefiziten oder Verhaltensauffälligkeiten. Er fragt an, ob diese Klassenteilung von der Schulbehörde genehmigt werde. Zwar ändere dieses nichts an der Gesamtkonzeption, da ein zusätzlicher Raum auch nicht helfen würde. Von daher sei seiner Meinung nach die Entscheidung richtig.

Herr Bongartz erklärt, er werde der Vorlage zustimmen, da sie bezogen auf diesen Fall vernünftig und alternativlos sei. In seiner Fraktion habe man sich über diese Problematik unterhalten und sich gefragt, ob es demnächst auch in anderen Schulen möglich sein könnte, dass Klassen geteilt würden. Daraus ergäbe sich dann ein Riesenproblem u. a. mit der Lehrerversorgung und den Klassenräumen. In diesem Fall sei dieses nicht so relevant, da die Problematik mit dem Umzug nicht so naheliege.

Herr Sprengelmeyer erklärt, dieses sei eine konkrete inhaltliche Frage. Da die Schulleiterin der Cirkensaschule, Frau Bergholz, anwesend sei, schlage er vor, dass sie zur Situation Stellung nehme.

Frau Bergholz führt aus, natürlich habe sie die Erlasslage geprüft und sich kundig gemacht, welche gesetzlichen Grundlagen vorhanden seien. Zudem habe sie sich bei der Landesschulbehörde rückversichert. Dieses sei zu einem Zeitpunkt geschehen, als es wirklich nur um einen Schüler differierte. Inzwischen sei aber durch Rückläufer die Teilungsgrenze ohnehin erreicht worden, sodass zwei Klassen 5 benötigt würden.

Herr Buß teilt mit, die in der Vorlage ausgewiesenen 53.000 € Mehrkosten seien Kosten, die dadurch entstehen würden, dass das Gebäude der Grundschule Nesserland ein Jahr weiter betrieben werde. Die 120.000 € für die mobilen Klassenräume beinhalteten natürlich die Gesamtkosten, darin enthalten seien der Transport, die Aufstellung, die Streifenfundamente. Eine Anmietung für den kurzen Zeitraum von einem Jahr sei nur unwesentlich billiger.

Herr Fischer-Joost bemerkt, die Kosten würden wirklich sehr hoch erscheinen. Dieses hänge aber auch damit zusammen, dass der Unterbau für die Container erstellt werden müsse. Auch müsse ein nicht unerheblicher Kraftstromanschluss geschaffen werden. Diese vielen verschiedenen baulichen Maßnahmen lassen die Kosten nach oben klettern.

Niederschrift Nr. 19 über die Sitzung des Schulausschusses

Herr Bornemann erklärt, seine Fraktion werde der Vorlage zustimmen, da er das Ganze für nachvollziehbar und plausibel halte.

Herr Buß betont, seit der letzten Woche würde auch die Genehmigung seitens der Landes-
schulbehörde vorliegen, dass die beiden Grundschulen Nesserland und Emsschule zusammen
gelegt werden dürften.

Beschluss: Die Grundschule Nesserland zieht zum 01.08.2011 in das Gebäude der
Hauptschule Cirksenaschule ein.

Ergebnis: einstimmig

TOP 9 Satzung zur Änderung der Satzung über die Festlegung von Schulbezirken
für die allgemeinbildenden Schulen der Stadt Emden
Vorlage: 15/1449

Herr Buß erläutert, mit dem vorliegenden Satzungstext wolle die Verwaltung die Satzung über
die Festlegung der Schulbezirke ändern, in der Konsequenz der Beschlüsse des Rates aus
dem letzten Jahr zur Schulentwicklungsplanung. Diese Konsequenzen und einige redaktionelle
Änderungen habe man in die Änderungssatzung aufgenommen.

Herr Buß erklärt anhand einer Übersicht, wie sich die Hauptschul- und Realschulbezirke in Zu-
kunft gestalten werden. Diese Übersicht ist im Internet unter www.emden einsehbar.

Herr Swieter bedankt sich und bittet um Wortmeldungen.

Herr Bornemann fragt bezüglich der finanziellen Auswirkungen für das Jahr 2010 in Höhe von
20.000 € und für die Folgejahre in Höhe von 50.000 € an, wie die Organisation der Schülerbe-
förderung aussehen werde und ob sich das nur auf die IGS beziehe.

Herr Bongartz erkundigt sich, wie es sich mit dem Einzugsbezirk bei den Haupt- und Realschu-
len verhalte. Seiner Ansicht nach umfasse der Einzugsbereich für die Hauptschule in Wybelsum
nur noch einen kleinen Teil. Er fragt an, ob hier dauerhaft eine zweizügige Hauptschule beibe-
halten werden könne.

Herr Mecklenburg stellt richtig, dass bei der Schule Wybelsum immer über eine Dreizügigkeit
gesprochen worden sei und zwar sei die Hauptschule einzügig und die Realschule zweizügig.
Dieses sei auch mittelfristig gesichert.

Herr Bongartz bittet um Auskunft, ob dieses auch nach Einrichtung der IGS so bleiben werde.

Herr Mecklenburg entgegnet, es sei immer sehr schwierig, Prognosen abzugeben, da sie auf
die Zukunft gerichtet seien. Er könne nicht sagen, wie viele Kinder aus den Stadtteilen Constan-
tia, Twixlum, Larrelt und Wybelsum zur IGS gehen würden. Für das kommende Schuljahr seien
bereits die Elternwünsche abgefragt worden. Dort hätten nur wenige den Wunsch geäußert, die
IGS zu besuchen. Jedoch könne sich das im nächsten Halbjahr noch ändern.

Weiter führt Herr Mecklenburg aus, er habe relativ viele Anfragen von Eltern aus der Krumm-
hörn erhalten, die ihre Kinder in Zukunft in Wybelsum zur Schule schicken möchten, weil sie mit
dem sich dort abzeichnenden Schulangebot nicht einverstanden seien. Somit könne man mittel-
fristig davon ausgehen, dass die Zügigkeit der Schule Wybelsum voraussichtlich gehalten wer-
den könne.

Niederschrift Nr. 19 über die Sitzung des Schulausschusses

Herr Sprengelmeyer ergänzt, die Zahlen für Wybelsum seien stabil und aus diesem Grunde komme auch dieser Einzugsbereich zustande. Zudem werde die Schulentwicklungsplanung zusammen mit der Jugendhilfeplanung betrieben. Diese Planung sei ein kontinuierlicher Prozess und werde Rat und Verwaltung in den nächsten Jahren immer wieder mit Daten, Inhalten und Strategien von Schulentwicklung, Bildungsplanung und Jugendhilfeplanung auch im Rahmen der demographischen Entwicklung beschäftigen.

Weiter erklärt Herr Sprengelmeyer, es werde eine engere Zusammenarbeit zwischen den Schulformen Hauptschule und Realschule geben. Er gehe davon aus, dass diese langfristig zu einer Schule verschmelzen würden. Seiner Meinung nach seien diese Bereiche hier gut zugeschnitten.

Herr Renken ist der Ansicht, dass diese Beschlussvorlage den tatsächlichen Gegebenheiten entsprechen würde. Planung sei immer ein Prozess, der mit Unsicherheiten behaftet sei. Zukünftig werde es seiner Meinung nach Hauptschulen in einer ganz randständigen Lage geben. Dieses sei ein Ausfluss der falschen Beschlüsse, die im Zuge der Schulstrukturreform gefasst worden seien. Dort habe man randständige Schulen gestärkt und sei nicht in die Mitte gegangen. Die Folgen seien heute zu tragen. Er gehe davon aus, dass sehr viele der Schüler, die heute zur Hauptschule Osterburgschule gehen, auch aufgrund der großen Entfernung zur Barenburgschule zukünftig die IGS besuchen würden. Weiter bemerkt er, das Problem läge auch daran, dass die Landespolitik stur an einer Dreigliedrigkeit festhalte und somit die sterbende Hauptschule mit aller Macht aufrechterhalten wolle. Er halte die Aufteilung auch für vorläufig, da auch die Entwicklung in der Krummhörn abgewartet werden müsse. Dann stelle sich auch die Frage, wie lange überhaupt noch die Nebenstelle des JAG existiere.

Herr Bongartz fragt an, ob es Absprachen mit dem Landkreis Aurich geben würde oder ob beabsichtigt sei, sich den Wünschen zu öffnen und neue vertragliche Verhältnisse zu schaffen.

Herr Bornemann stellt fest, dass im Rahmen der Schulentwicklungsplanung nur über eine IGS für das Stadtgebiet Emden gesprochen worden sei. Seinerzeit sei gesagt worden, dass die Kinder aus Hinte und der Krummhörn die Möglichkeit hätten, die IGS in Marienhafte zu besuchen.

Herr Sprengelmeyer erklärt, in die Überlegungen des Landkreises Aurich und seiner beteiligten Gemeinden bezüglich der Planung einer IGS in Pewsum sei die Stadt Emden nicht einbezogen worden. Dieses sei durchaus befremdlich, zumal die Stadt Emden anders herum immer den Landkreis und die Gemeinde einbezogen habe.

Herr Bolinius bemerkt, seine Fraktion habe zu diesem Thema einen Antrag gestellt, der jedoch für die heutige Sitzung verfristet gewesen sei und deswegen unter dem TOP Anfragen beantwortet werden sollte.

Herr Bolinius verliest seine Fragen.

1. Wurde die Verwaltung im Vorfeld über die geplante IGS in Pewsum informiert? Wenn ja, wann und in welcher Form?
2. Wurde die Verwaltung von der ev. –luth. Kirche angesprochen, evtl. auch in Emden unter der Trägerschaft der Kirche eine IGS einzurichten.
3. Wie viele Schülerinnen und Schüler aus der Krummhörn und Hinte besuchen welche Schulen in Emden?
4. Wie wird sich aus heutiger Sicht die Einrichtung einer IGS in Pewsum auf die Schullandschaft in Emden auswirken?

Niederschrift Nr. 19 über die Sitzung des Schulausschusses

Anschließend stellt Herr Bolinius fest, die ersten beiden Fragen hätten sich aus der bisherigen Diskussion bereits beantwortet. Er bittet nunmehr um Beantwortung der Fragen 3 und 4.

Herr Sprengelmeyer führt aus, das Vorhaben des Landkreises Aurich habe sicherlich Auswirkungen auf die Schullandschaft in Emden, zumal eine Außenstelle des JAG in Pewsum vorhanden sei. Hier müssen Gespräche geführt werden. Doch es sei auch abzuwarten, wie die Auswirkungen in der Oberstufe seien, zumal nur eine kleinere IGS geplant sei, sodass man nicht davon ausgehen könne, dass ein SEK II-Bereich eingerichtet werde. Er gehe davon aus, dass es einen Kooperationsbedarf geben werde. Bisher habe es jedoch noch keine Absprachen gegeben.

Herr Buß erklärt, ca. 500 Schülerinnen und Schüler aus dem Landkreis Aurich würden die allgemeinbildenden Schulen in Emden besuchen. Hinzu kämen noch 212 Schüler, die die Außenstelle des JAG in Pewsum besuchen würden.

Eine konkrete Aufstellung ist als Anlage beigefügt.

Hinsichtlich der Frage von Herrn Bornemann bezüglich der Kosten der Schülerbeförderung bemerkt Herr Buß, diese Summen würden sich auf alle Schulen beziehen und sei die Gesamtauswirkung dieser Satzung.

Herr Bolinius bedankt sich für die Zahlen und führt aus, er sehe eine große Gefahr darin, wenn eine IGS in Hinte oder in der Krummhörn eingerichtet werde und deutlich weniger Schüler Emden Schulen besuchen würden. Seiner Meinung nach müsste dann der ganze Schulentwicklungsplan wieder überarbeitet werden. Weiter moniert er die fehlende Information des Landkreises Aurich. Das sollte man dem Landrat ganz eindeutig zu verstehen geben.

Herr Buisker teilt mit, in der Elternschaft habe man sich intensiv mit dem Thema der IGS beschäftigt. Allerdings sei keine einstimmige Entscheidung gefallen, sodass er dieser Beschlussvorlage nicht zustimmen könne. Er bittet darum, sich frühzeitig mit der Schülerbeförderung auseinanderzusetzen, um nicht wieder die Schwierigkeiten des letzten Schuljahres erleben zu müssen.

Herr Sprengelmeyer betont, heute gehe es nicht um die Schülerbeförderung, sondern um die Satzung und die Auswirkungen der Schulentwicklungsplanung im Hauptschul- und Realschulbereich.

Herr Lutz stellt fest, Ansprechpartner als Schulträger sei für die Stadt Emden der Landkreis Aurich. Inwieweit jedoch der Landkreis Aurich von den kreisangehörigen Gemeinden in deren Planung einbezogen worden sei, entziehe sich seiner Kenntnis. Doch wenn der Landkreis nicht von seinen Gemeinden einbezogen worden sei, gäbe es auch keinen Grund, dort entsprechende Dinge zu klären und sich zu beschweren.

Herr Bongartz weist darauf hin, es würde einen Vertrag über die Beschulung von Kindern aus der Krummhörn und aus Hinte in der Stadt Emden geben. Demnach zahle der Landkreis Aurich jährlich 300.000 € an die Stadt Emden für die Unterrichtung an den allgemeinbildenden Schulen. Seines Erachtens habe dieser Vertrag bis zum Jahr 2020 Gültigkeit, sei aber letztendlich unter bestimmten Voraussetzungen schon vorzeitig kündbar.

Herr Lutz stellt fest, in der heutigen Sitzung würde eine Fülle von Anfragen und Anträgen behandelt werden, die laut Geschäftsordnung des Rates verfristet eingegangen seien.

Niederschrift Nr. 19 über die Sitzung des Schulausschusses

Weiter erklärt er, die Stadt Emden erhalten vom Landkreis Aurich einen Pauschalbetrag für die Beschulung von Kindern in allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen und erhalte dafür 450.000 €. Im Jahre 2005 habe eine Nachverhandlung stattgefunden, da es eine Regelung geben würde, dass in gewissen Abständen zu prüfen sei, wie sich die tatsächlichen Kosten der Beschulung im bisherigen Verhältnis verändert hätten.

Herr Mecklenburg regt an, auch für den Stadtteil Harsweg, der jetzt der Schule Hinte zugeordnet sei, eine neue Lösung zu finden.

Herr Renken erklärt, zu den Vereinbarungen zwischen der Stadt Emden und dem Landkreis Aurich gäbe es eine Vorlage im Ratsinformationssystem, in der beschrieben sei, dass die Höhe des Kostenbeitrages im Fünfjahresrhythmus erstmals zum 01.08.2010 fortgeschrieben werde. Er bittet um Auskunft, ob es bereits Verhandlungen gegeben habe und in welcher Richtung sie sich möglicherweise bewegten. Er bedauert, dass der Vertrag selber im Ratsinformationssystem leider nicht mehr zugänglich gewesen sei.

Herr Renken warnt davor, wegen der Schülerzahlen aus dem Landkreis Aurich in Panik auszubrechen und bemerkt, wenn dieser Prozess tatsächlich stattfindet, werde es ein allmählicher sei. Man müsse erst einmal abwarten, wie die tatsächliche Entscheidung aussehen werde.

Anmerkung der Protokollführung:

Die Anlage zur Vorlage 14/1921/01 ist bei der automatisierten Programmumstellung (Datenübernahme) nicht zur Verfügung gestellt worden. Nach manueller Nacharbeitung steht nunmehr die Vereinbarung mit dem Landkreis Aurich, beschlossen in der Ratssitzung am 15.12.2005, im Ratsinformationssystem bereit.

Herr Sprengelmeyer erklärt, die Stadt Emden und der Landkreis Aurich seien noch nicht in Verhandlungen getreten. Doch sei der Verwaltung bewusst, dass im ersten Halbjahr mit dem Landkreis nachverhandelt werden müsse. Anschließend werde er im Anschluss darüber berichten.

Beschluss: Der Rat der Stadt Emden beschließt die der Vorlage 15/1449 als Anlage beigefügte Satzung zur Änderung der Satzung über die Festlegung von Schulbezirken für die allgemeinbildenden Schulen der Stadt Emden vom 04.12.1997, in der Fassung vom 14.06.2004. Die Anlagen zu dieser Satzung (schematische Darstellung der Schulbezirke) entsprechen den getroffenen Entscheidungen zur Schulentwicklungsplanung vom 11.06.2009.

Ergebnis: einstimmig

Dafür: 14	Dagegen:0	Enthaltungen: 1
-----------	-----------	-----------------

TOP 10 Einrichtung einer Fachschule Technik, Schwerpunkt Mechatronik, an den Berufsbildenden Schulen II in Emden
Vorlage: 15/1450

Herr Lutz führt aus, der Antrag der BBS II auf das Konjunkturprogramm II sei seinerzeit abgelehnt worden. Daraufhin habe die Schule diesen noch einmal überarbeitet und nunmehr wolle man erneut versuchen, beim Konjunkturprogramm II berücksichtigt zu werden. Die in der Vorlage angeführten finanziellen Auswirkungen in Höhe von 1.280.000 € würden dann als Landeszuschuss erwartet, wobei 10 % von der Stadt Emden über einen Kredit selbst finanziert werden müsste. Eine notwendige Kreditgenehmigung würde aus dem vergangenen Jahr noch vorliegen. Weiter erklärt Herr Lutz, seiner Meinung nach sollte die Zustimmung der Landesschulbe-

Niederschrift Nr. 19 über die Sitzung des Schulausschusses

hörde zunächst nur beantragt werden, wenn die Gelder aus dem Konjunkturpaket II zur Verfügung gestellt würden. Er würde es begrüßen, wenn dieses gelingen würde, denn die Einrichtung des Schwerpunktes Mechatronik sei eine große Aufwertung der Berufsschulbildung in der Stadt Emden, die in der industriellen Schwerpunktbildung dringend benötigt werde.

Herr Wiegers erläutert den Begriff der Fachschule Technik und macht anhand einer Power-Point-Präsentation deutlich, wie sich der Bereich in den letzten Jahren gewandelt habe und aus welchen Teilen sich der Schwerpunkt Mechatronik zusammensetze. Diese Präsentation ist im Internet unter www.emden.de einsehbar. Er erläutert ferner, welche Chancen sich durch die geplante Fachschule für den Bildungsstandort Emden ergeben.

Herr Swieter bedankt sich für die Ausführung und bittet um Wortmeldungen.

Herr Bornemann bedankt sich für die Erläuterung. Er würde es begrüßen, wenn sich die Berufsbildenden Schulen dem Bedarf in Beruf und Arbeitswelt anpassen würden. Seine Fraktion werde dieser Vorlage zustimmen, jedoch sei bekannt, dass die Stadt Emden diese 1,2 Mio. € nicht finanzieren könne. Abschließend fragt er an, ob es andere Berufsbildende Schule im Nordwesten gäbe, die auch den Schwerpunkt Mechatronik anbieten würden.

Herr Wiegers entgegnet, es gäbe sicherlich Konkurrenz wie z. B. in Wilhelmshaven. Doch auch dort sei man auch noch nicht soweit mit der Einrichtung dieses Schwerpunktes.

Herr Bongartz hält diese Planungen für eine sogenannte Folgerichtigkeit. Die BBS II orientiere sich seiner Meinung nach an neuen erkennbaren Berufsfeldern, die auch entsprechend mit schulischen Einrichtungen abgedeckt werden müssten. Insofern sei es zu begrüßen. Der Rat der Stadt Emden habe immer Dinge vorgehalten, die die Berufsbildende Schule brauche. Und wenn jetzt dieses Berufsfeld abzudecken sei, dann müsse es auch getan werden unter der Voraussetzung, dass die Mittel zur Verfügung gestellt würden. Abschließend fragt Herr Bongartz an, ob es bereits Gespräche mit den großen Firmen gegeben habe, ob diese sich in irgendeiner Form an der Einrichtung dieses Schwerpunktes beteiligen würden.

Herr Bolinius berichtet von einem Treffen mit dem jetzigen Wirtschaftsminister, der dort drastisch geschildert habe, dass der Ausbildungsweg Mechatroniker unbedingt eingerichtet werden sollte. Weiter führt er aus, eine Schule sollte staatlich bleiben, dennoch könnten die großen Firmen, die letztendlich von dieser Einrichtung profitierten, sich auch daran beteiligen. Seines Erachtens müsse dieser Schwerpunkt in der nächsten Zeit eingerichtet werden, um auch Fachkräfte in diesem Bereich ausbilden zu können.

Herr Buisker begrüßt es, dass versucht werde, möglichst zeitnah auf diesen Bedarf zu reagieren. Er stelle sich jedoch die Frage, ob auch noch weitere Berufe möglicherweise dazu kommen könnten, wenn man die Firmen jetzt konkret ansprechen würde.

Herr Sprengelmeyer erklärt, es werde hier im Grunde genommen die strategische Ausrichtung im Bereich der Qualifizierung und Ausbildung junger Leute unter dem Eindruck des demographischen Wandels diskutiert. Man werde in die Situation kommen, wo Fachkräfte in Emden fehlen würden. Wenn man den Wirtschaftsstandort Emden halten wolle, sei man gezwungen, in diese Bereiche zukünftig zu investieren. Seiner Meinung nach sei die finanzielle Situation allen bewusst, dennoch müsse man immer wieder Prioritäten setzen. Die Zuschüsse aus der Wirtschaft seien im großen Stil noch nicht geflossen und seien bisher im informellen Bereich gelaufen. Er nehme es als einen Auftrag aus den Reihen der Kommunalpolitik auf, hier noch einmal Überlegungen anzustellen und mit den Firmen in Kontakt zu treten.

Herr Wiegers ergänzt, es habe bereits Gespräche mit den Firmen gegeben. Diese würden dazu auffordern, Techniker der Mechatronik auszubilden und würden Sachmittel als Unterstützung

Niederschrift Nr. 19 über die Sitzung des Schulausschusses

anbieten. Zur Frage nach weiteren neuen Berufen erklärt Herr Wiegers, es gäbe jedes Jahr neue Berufe, die auch immer mit finanziellen Forderungen verbunden seien.

Beschluss: Der Rat der Stadt Emden beschließt -vorbehaltlich der beantragten Förderung aus dem Konjunkturprogramm II- die Einrichtung einer Fachschule Technik, Schwerpunkt Mechatronik (Innovations- und Zukunftszentrum „Mechatronik- und Robotiksysteme“) zum 01.08.2010 an den Berufsbildenden Schulen II. Die Genehmigung nach § 106 Abs. 7 des Nds. Schulgesetzes ist bei der Landesschulbehörde zu beantragen.

Ergebnis: einstimmig

TOP 11 Einrichtung einer Berufsschulfachklasse Systemgastronomie an den Berufsbildenden Schulen II in Emden
Vorlage: 15/1451

Herr Buß erklärt, die BBS II habe die Einrichtung einer Berufsschulfachklasse für den Ausbildungsberuf „Fachkraft für Systemgastronomie“ beantragt, da dieser Ausbildungsgang zunehmend von vielen Betrieben des gastronomischen Bereiches sowie von Catering Betrieben in der Region nachgefragt werde. Die Industrie- und Handelskammer sei sehr bemüht, auch diese Ausbildungsplätze sicherzustellen. Weiter führt Herr Buß aus, mittlerweile gäbe es bereits 18 feste Verträge für diesen Bereich, ohne dass vor Ort eine Beschulungsmöglichkeit bestehe. Die nächsten Beschulungsmöglichkeiten für diese Auszubildenden würden sich in Oldenburg bzw. Hannover befinden. Die Mindestgröße für die Einrichtung dieser Berufsschulfachklasse zum 01.08.2010 sei erreicht, zumal sich der Schulbezirk nicht nur auf den Bereich der Stadt Emden erstrecke, sondern auch auf die umliegenden Landkreise Aurich, Leer, Wittmund, Friesland und Emsland.

Herr Bornemann teilt mit, seine Fraktion werde dieser Vorlage selbstverständlich zustimmen. Auch mit der Einrichtung dieser Fachklasse zeige die BBS II, dass sie dem Bedarf folge.

Beschluss: Der Rat der Stadt Emden beschließt die Einrichtung einer Berufsschulfachklasse für den Ausbildungsberuf „Fachkraft für Systemgastronomie (3 jährig)“ zum 01.08.2010 an den Berufsbildenden Schulen II. Die Genehmigung nach § 106 Abs. 7 Nds. Schulgesetz ist bei der Landesschulbehörde zu beantragen.

Ergebnis: einstimmig

MITTEILUNGSVORLAGEN

TOP 12 Bericht zum Elterncafé der Grundschule Emsschule
Vorlage: 15/1452

Herr Sprengelmeyer erklärt, im Rahmen der Haushaltsberatungen sei es politischer Wille gewesen, für die Emsschule 5.000 € bereit zu stellen. Heute werde der Schulleiter, Herr Max, über die Entwicklung, die Erfahrungen und die weiteren Planungen des Elterncafés berichten.

Herr Max stellt sich zunächst vor und gibt dann anhand einer PowerPoint-Präsentation einen ausführlichen Bericht zum Elterncafé der Grundschule Emsschule. Diese Präsentation ist im Internet unter www.emden.de einsehbar.

Niederschrift Nr. 19 über die Sitzung des Schulausschusses

Herr **Swieter** bedankt sich für die Ausführungen.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

ANTRÄGE VON FRAKTIONEN UND GRUPPEN

TOP 13 Sachstandsbericht Förderschule Emden;
- Antrag der SPD-Fraktion vom 20.01.2010
Vorlage: 15/1465

Herr **Swieter** erklärt, Herr Lutz habe ihn darauf hingewiesen, dass rechtliche Fragen zu diesem Thema in einer nicht öffentlichen Sitzung behandelt werden müssten.

Herr **Mecklenburg** führt aus, er sei von verschiedenen Seiten auf das schwierige Problem in der Förderschule angesprochen worden. Dieses sei ein Grund für ihn gewesen, einen entsprechenden Antrag zu stellen, um deutlich zu machen, dass die Geduld der Menschen, die davon betroffen seien, begrenzt sei. Bereits seit 1,5 Jahren könnten die Räume in der Förderschule nicht benutzt werden. Er bitte jetzt um Mitteilung, was unternommen werde, um diese Räume wieder benutzbar zu machen. Auch wolle er wissen, um welche Räume es sich handle und ob alle in gleiche Weise belastet seien. Weiter bittet er um Auskunft, zu welchem Zeitpunkt diese Räume, die dringend benötigt wurden, von der Schule wieder benutzt werden könnten. Ihm gehe es in erster Linie nicht um die gerichtliche Auseinandersetzung. Dieses sei ein schwieriges Thema und es seien bestimmte Rechtspositionen zu wahren. Man wolle auch nicht, dass die Stadt Emden Geld ausgeben und möglicherweise etwas tun würde, was die Haftung dann ausschließe oder das gerichtliche Verfahren für die Stadt Emden beeinflusse. Die Kinder seien hier die Leidtragenden, auf deren Rücken es ausgetragen werde.

Herr **Bongartz** betont, seine Fraktion unterstütze ausdrücklich den Antrag der SPD-Fraktion. Auch er habe bereits mit den Eltern der Förderschule Gespräche geführt und sei der Ansicht, dass man endlich zu einer Lösung kommen müsse.

Herr **Schmidt** bemerkt, er wolle zunächst einmal darstellen, was in der Vergangenheit unternommen worden sei. Vor einiger Zeit sei ein Beweissicherungsverfahren eingeleitet worden, welches verschiedene Fragestellungen zu klären gehabt habe. Das Ergebnis sei am 05.06.2009 bekannt gegeben worden und demnach müsse ein dauerhafter Aufenthalt von Kindern bei mehr als 1.000 µg/m³ Schadstoffen in der Luft vermieden werden. Weiter hätte sich bestätigt, dass diese Fluorkohlenwasserstoffe aus dem Fußboden kommen würden. Somit habe sich die Schadstoffquelle gefunden. Die Gutachterin habe geraten, hier über einen Zeitraum von zwei bis drei Jahren verstärkt zu lüften. Diese Aussage sei für die Verwaltung nicht befriedigend gewesen, da die Schadstoffbelastung ziemlich hoch sei und man daran interessiert sei, möglichst schnell eine Lösung zu finden. Aus diesem Grunde sei ein Ergänzungsgutachten in Auftrag gegeben worden, welches noch in Arbeit sei. Die Gutachterin sei am 12.01.2010 in der Schule gewesen und habe noch einmal erneut gemessen. Das Gutachten werde in Kürze vorliegen.

Weiter führt Herr Schmidt aus, aufgrund der Aussagen der Gutachterin sei eine schnelle Lösung nicht zu erwarten. Man habe zwischenzeitig gelüftet, um zu sehen, wie die Werte dann ausfallen würden. Es sei festzustellen, dass sich die Schadstoffe nach und nach verflüchtigen würden. Aber dennoch läge man nicht in allen Räumen im grünen Bereich. Lediglich die Küche und die Mensa dürften genutzt werden. In allen anderen Räumen sei die Schadstoffbelastung noch zu hoch. Dieses sei eine eindeutige Aussage des Chemischen Untersuchungsamtes. In-

Niederschrift Nr. 19 über die Sitzung des Schulausschusses

sofern müsse man den Rat der Gutachterin befolgen und durch weiteres Lüften versuchen, die leichtflüchtigen Stoffe aus der Luft zu bekommen. Seiner Meinung nach sei dieses auf alle Fälle ein langwieriger Prozess, denn die Schadstoffe seien im Boden und würden nur ganz langsam herauskommen. Es gäbe aber keine Methode, dieses zu beschleunigen. Es sei bereits versucht worden, mit Hilfe von Lüftern und durch das Verschließen der Fugen eine schnellere Lösung zu finden. Doch diese Maßnahmen seien letztlich nicht recht überzeugend gewesen.

Herr Fischer-Joost ergänzt, das Gebäudemanagement versuche gemeinsam mit den Juristen und dem Verwaltungsvorstand, die Klassenräume wieder einer Nutzung zur Verfügung zu stellen. Grundlegend sei jedoch festzustellen, dass der Vorschlag, den gesamten Fußboden herauszureißen und damit das Übel zu beseitigen, laut Aussage im Gutachten nicht umgesetzt werden dürfe. Somit müsse man auf einem anderen Wege versuchen, in diesen Räumlichkeiten den Wert unter 1.000 µg/m³ zu bekommen.

Herr Fischer-Joost erläutert dann einige Verfahren, mit denen versucht worden sei, die Raumluft zu verbessern. Nunmehr sei man dabei, zu überlegen, welche Möglichkeiten es noch gäbe, die Raumluft von einem externen Fachmann mit einem ganz niedrigen Kostenfaktor bereinigen zu lassen, um die Räume wieder für die Nutzung bereit stellen zu können. Dieses sei auch für die Verwaltung keine befriedigende Lösung.

Herr Schmidt führt aus, das Herausnehmen des Fußbodens könnte in den Bereichen gemacht werden, in denen tatsächlich die Schadstoffe noch so hoch seien, dass sie nicht benutzbar seien. Hier würden derart hohe Kosten anfallen, dass dieses nicht zu verantworten und daher eine Entscheidung des Rates erforderlich sei. Auch bestehe wahrscheinlich keine Aussicht auf Erfolg, dass diese Kosten wieder erstattet würden, da die Gutachterin gesagt habe, dass das Herausreißen des Bodens unverhältnismäßig sei. Wenn jetzt der Boden gegen den Rat der Gutachterin entfernt werde, bedeute dieses, dass man sich gegen diesen Einwand gestellt hätte und letztendlich auf den Kosten sitzen bleiben würde. Daher würde die Verwaltung diesen Vorschlag nicht unterbreiten können.

Herr Swieter bedankt sich für die Erläuterungen und bittet um Wortmeldungen.

Herr Bongartz erklärt, im Grunde genommen habe er diese Aussagen erwartet. Doch sei die Schule Eigentum der Stadt Emden. Seit 1,5 Jahren sei die Situation für die Lehrkräfte und Schüler ein völlig unerträglicher Zustand, der nicht mehr länger hinzunehmen sei. Die CDU sei in ihrer Fraktionssitzung zu dem Ergebnis gekommen, nicht noch einmal ein halbes oder ein Jahr zu warten und damit die Hoffnung zu verbinden, dass die Raumluft möglicherweise besser werde. Für die CDU-Fraktion sei nunmehr das Ende erreicht. Aus diesem Grunde schlage er vor, nach Ermittlung der Kosten, die Fußböden zu entfernen und anschließend zu erneuern. Ihn interessiere es auch, wer das Gewerk ausgeschrieben habe und wer es überwache. Die jetzige Situation sei nicht mehr tragbar. Wenn sich für diesen Vorschlag jedoch keine Mehrheit finden würde, dann bleibe der Fußboden dort und es werde weiter gelüftet.

Weiter teilt Herr Bongartz mit, man müsse sich daran orientieren, was in dieser Stadt Priorität habe. Auch müsse man das Risiko in Kauf nehmen, dass ein Schadensersatzanspruch nicht mehr durchsetzbar sei. Es sei wichtig zu wissen, wer letztendlich mit der Verursacher gewesen und was in der Ausschreibung beauftragt worden sei. Das Ergänzungsgutachten sollte seiner Meinung nach noch abgewartet werden und dann sei endgültig Schluss. Alle Fraktionen sollten gemeinschaftlich überlegen und entscheiden. Man dürfe die Kinder nicht noch weitere zwei Jahre warten lassen und es müsse endlich eine Lösung gefunden werden.

Herr Bornemann stellt fest, auch für seine Fraktion sei die Situation völlig unbefriedigend. So könne es nicht bleiben und dieser Zustand müsse zu einem Ende geführt werden. Seines Erachtens müsse in dem Ergänzungsgutachten eine ganz klare Perspektive vorhanden sein, an-

Niederschrift Nr. 19 über die Sitzung des Schulausschusses

sonsten müsse man zu anderen Lösungen kommen. Weiteres Lüften könne nicht mehr akzeptiert werden.

Hinsichtlich der gemachten Versuche fragt Herr Bornemann an, ob es ausreiche, bereits eine Woche nach dem Lüften das Ergebnis festzustellen. Er erkundigt sich weiterhin nach den Erkenntnissen bezüglich der permanenten Lüftung.

Herr Lutz erklärt, die Stadt Emden habe einen Auftrag erteilt und sich ein Werk liefern lassen. Sie habe den Anspruch darauf, dass dieses Werk ordnungsgemäß hergestellt werde. Den Ausfallanspruch, den man unter Umständen meine zu haben, habe man vom Gesetz her nicht in allen Fällen. Dieses bedeute, wenn die Schule nicht nutzbar sei, habe man daraus noch lange keinen Schadensersatzanspruch. Gegenüber demjenigen, der den Schaden verursacht habe, habe man einen Gegenanspruch. Und dieser habe den Anspruch darauf, dass nicht mehr Aufwand betrieben werde, als tatsächlich notwendig sei. Herr Lutz betont, wenn jetzt etwas unternommen werde, was laut Aussage des Gutachters gar nicht notwendig sei, werde der Unternehmer mit Sicherheit von irgendwelchen Ansprüchen absehen. Von daher bitte er darum, genau zu überlegen, was man machen wolle. Es würden wissentlich mehrere hunderttausend Euro städtisches Geld schlicht und ergreifend weggeworfen, wenn nicht abgewartet werde, bis das Gericht eine Entscheidung getroffen habe.

Herr Bolinius zeigt sich verwundert darüber, dass in so großer Breite noch einmal über dieses Thema diskutiert werden, obwohl der Oberbürgermeister den Verwaltungsausschuss hierüber informiert habe. Seiner Ansicht nach sitze man hier in einer Zwickmühle. Trotz der unbefriedigenden Situation für die Schüler warne er jedoch davor, hier Entscheidungen zu treffen und öffentlich zu machen. Dieses sollte wohlweislich überlegt werden.

Herr Renken erklärt, es sei in der Tat so, dass aus seiner Sicht sowohl Herr Bongartz wie auch Herr Bolinius Recht hätten. Mittlerweile sei dieses Thema ein Politikum geworden und es würden auch Entscheidungen erwartet. Er sei jedoch erstaunt, welche geringe Priorität diese Sache habe und bitte darum, hier ein bisschen mehr Druck auszuüben. Seines Erachtens handele es sich unter Umständen um eine bewusste Verzögerungstaktik. Dieses führe auch dazu, dass die Ungeduld wachse und in eine schwierige rechtliche Situation möglicherweise eingetreten werde. Herr Renken erinnert an andere Schäden, die innerhalb kürzester Zeit behoben worden seien. Auch hier seien einige hunderttausend Euro investiert worden. Abschließend betont er, es gehe hier um Kinder und die hätten eine sehr hohe Priorität.

Herr Schmidt stellt heraus, die Ursache für die lange Dauer würde darin liegen, dass es sich um ein gerichtliches Verfahren handele. Die Stadt Emden sei der Antragssteller und die Gegenseite habe Gelegenheit, dazu Stellung zu nehmen. Zudem habe die Gegenseite ihre Lieferanten in das Verfahren mit einbezogen. Aus diesem Grunde verzöge sich das Verfahren. Auch sei es kein Eilverfahren, sondern ein ganz normales Gerichtsverfahren. Wenn die Stadt Emden den Schaden rein theoretisch eingeklagt hätte, wäre man im Augenblick auch noch nicht über die erste Instanz hinaus, da man über die Berufung möglicherweise noch einmal in die Revision gehen würde. Dieses sei bei solchen Beträgen denkbar und könne durchaus mehrere Jahre dauern.

Herr Bongartz bemerkt, sicherlich sei dieses richtig, zumal es sich auch um ein rechtsstaatlich geordnetes Verfahren handele. Doch warte man jetzt bereits seit 1,5 Jahren und es halte die Stadt Emden nichts davon ab, Maßnahmen einzuleiten. Wenn jetzt keine praktikable Lösung gefunden werde, werde seine Fraktion einbringen, die Angelegenheit in den Sommerferien zu erledigen. Eine andere Regelung gäbe es seines Erachtens nicht mehr. Alles andere könne im Nachhinein gemacht werden. Daher habe er auch die schriftliche Anfrage hinsichtlich der Ausschreibung gestellt.

Niederschrift Nr. 19 über die Sitzung des Schulausschusses

Herr Bornemann betont, hier werde heute keine voreilige Entscheidung getroffen. Bisher habe man sehr geduldig diskutiert und die SPD-Fraktion habe sich stets im Schulausschuss nach dem Sachstand erkundigt. Seines Erachtens sei dieses ein Thema, welches auch in die Öffentlichkeit gehöre. Man wolle für die Schule eine klare Perspektive und die müsse in aller Kürze auf dem Tisch liegen. Erst dann könne man sich darüber unterhalten, welche ganz konkreten Maßnahmen vorgenommen würden.

Herr Lutz weist darauf hin, dass Namen nicht genannt werden könnten, da gewisse persönliche Interessen gewahrt werden müssten. Er schlägt vor, dieses in einem nicht öffentlichen Teil zu diskutieren und hier den einen oder anderen Punkt noch zusätzlich zu erläutern.

Herr Bolinius bittet um Alternativvorschläge, denn es gehe hier um viel Geld, was an anderen Schulen anschließend fehlen werde.

Herr Bornemann stellt fest, die Stadt Emden habe viele Dinge ausprobiert und es müssten auch Ergebnisse vorliegen, aus denen man direkte Schlussfolgerungen ziehen könne. Wenn jetzt das zusätzliche Gutachten zu dem Ergebnis komme, dass die Situation noch bis zu fünf Jahren so bleiben werde, dann könne dieses natürlich nicht akzeptiert werden. Hier müsse dann eine klare Entscheidung getroffen werden.

Herr Schmidt führt aus, das Chemische Untersuchungsamt habe gleichzeitig mit der Gutachterin gemessen. Zwei Räume könnten mittlerweile wieder unbedenklich genutzt werden. Bei den anderen Räumen habe man die Tendenz, dass sich die Stoffe nach und nach verflüchtigen würden. Die Messungen seien acht Stunden nach der letzten Lüftung durchgeführt worden. Nach einer kurzfristigen Querlüftung und einer Lüftung während der Messung seien durchaus differenzierte Ergebnisse herausgekommen. Insofern seien die Werte z. B. im Computerraum nach einer achtstündigen Schließung der Fenster noch über dem gewesen, was zulässig sei. Bei einer zehnmütigen Querlüftung sowie bei einer Lüftung während der Messung hätten die Werte noch im unbedenklichen Bereich gelegen. Dieses müsse für alle 13 Räume geprüft werden.

Herr Swieter schlägt vor, dieses Thema in dem nicht öffentlichen Teil der nächsten Sitzung zu behandeln. In Anbetracht der fortgeschrittenen Zeit werde man heute keine zufriedenstellende Lösung erarbeiten können.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

TOP 14 Mündliche Mitteilungen des Oberbürgermeisters

Antrag der FDP-Fraktion vom 30.01.2010 - Turnhallensituation Gymnasium am Treckfahrts-
tief – sowie Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 03.02.12010 - Sanierung und
Neubau von Schulsporthallen -

Herr Buß bezieht sich auf einen Antrag der FDP-Fraktion sowie eine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Er bemerkt, zwar sei der Antrag verfristet eingegangen, dennoch werde Herr Fischer-Joost kurz den Sachstand erläutern. Die umfangreiche Anfrage werde schriftlich beantwortet, weil diese konkreten Dinge auf die Schnelle nicht festzustellen seien.

Herr Fischer-Joost erklärt, dem Gebäudemanagement sei bekannt gewesen, dass in der Turnhalle des GAT aufwendige Reparaturmaßnahmen am Fußboden durchgeführt werden müssten. Im Zusammenhang mit dem Konjunkturpaket II sei im letzten Jahr 110.000 € für den Fußboden und die Fassadensanierung bereit gestellt worden. Diese Maßnahme sollte in Sommerferien 2010 erfolgen. Doch Ende November 2009 habe Feuchtigkeit aus der Fassade und

Niederschrift Nr. 19 über die Sitzung des Schulausschusses

aus den Bodenhülsen der Reckstangen den Parkettdielenboden aus Eiche aufspringen lassen. Da bereits vorab bekannt gewesen sei, dass dieser Fußbodenbelag sehr problematisch sei, habe die Verwaltung einen Gutachter aus Osnabrück eingeschaltet, der die Planungen bestätigt habe. Nach Einforderung der Angebote sei die Firma Grabosch seit Anfang Januar 2010 dabei, Entlastungsnuten zu schneiden und Querlüftungen einzubauen. Diese Arbeiten seien mittlerweile abgeschlossen. Doch aufgrund der Witterung könnten zurzeit keine Abdichtungsarbeiten an der Fassade durchgeführt werden. Diese seien zwingend notwendig, um das Wasser abzuhalten. Weiter führt Herr Fischer-Joost aus, ein weiteres Gutachten über den Zustand der Halle insgesamt würde der Verwaltung nicht vorliegen. Den Zustand schätze er als insgesamt gut ein. Dieses Bauwerk aus den 60-er Jahren sei zwar energetisch nicht nach der heutigen DIN aufgestellt, doch durch die Durchführung von zusätzlichen Bauarbeiten werde der Schule wieder eine sehr gute Sporthalle zur Verfügung stehen.

Auf die Frage von **Herrn Bolinius**, wann die Sporthalle wieder voll genutzt werden könnte, antwortet **Herr Fischer-Joost**, wenn weiterhin Tauwetter eintrete, rechne er damit, dass die Halle Ende Februar der Schule wieder zur Verfügung stehe.

TOP 15 Anfragen

1. Ostfriesischer Bildungsrat

Herr Renken erklärt, er habe der Zeitung entnommen, dass es einen ostfriesischen Bildungsrat auf Vorschlag der Ostfriesischen Landschaft geben würde. Auch sei darüber berichtet worden, dass die Hauptverwaltungsbeamten an diesen Gesprächen beteiligt gewesen seien und dieses Vorhaben begrüßen würden. Herr Renken bittet um Stellungnahme zu dieser Berichterstattung.

Herr Sprengelmeyer entgegnet, es könne dieses nicht bestätigen. Nach Aussage des Oberbürgermeisters sei die Stadt Emden dort nicht einbezogen worden.

2. Schulausfall

Herr Hegewald bittet um Auskunft, ob am morgigen Freitag die Schule erneut ausfalle.

Herr Buß führt aus, die Schule sei in den letzten beiden Tagen sowohl in ganz Ostfriesland als auch in anderen Landkreisen ausgefallen. Hier habe die Schulwegsicherheit eine große Rolle gespielt, da zum einen die Schülerbeförderung mit den Bussen nicht mehr überall sichergestellt werden konnte. Zum anderen seien die Schulwege sehr vereist gewesen, sodass es nicht mehr zu verantworten gewesen sei, die Schüler die Schulen besuchen zu lassen. Nicht nur die Mitarbeiter des Bau- und Entsorgungsbetriebes würden über kein Streusalz mehr verfügen, auch die Schulhausmeister müssten jetzt mit abstumpfenden Mitteln arbeiten. Aufgrund des eingesetzten Tauwetters habe die Verwaltung sich dazu entschlossen, am morgigen Freitag die Schulen nicht ausfallen zu lassen.

3. Fußboden Sporthalle JAG

Herr Hegewald bemerkt, der Fußboden in der Sporthalle des Johannes-Althusius-Gymnasiums sei derart verschmutzt, sodass Kinder mit Atemwegserkrankungen durch diese Staubschicht beeinträchtigt würden.

Herr Buß entgegnet, es gäbe einen Reinigungsturnus, der sicherlich auch eingehalten werde. Ihm seien diese Zustände bisher so nicht bekannt gewesen. Dennoch werde er sich vor Ort überzeugen. Die Reinigungsintervalle seien entsprechend knapp gehalten und zudem werde

Niederschrift Nr. 19 über die Sitzung des Schulausschusses

diese Turnhalle nicht nur von der Schule, sondern auch von den Sportvereinen fast ständig genutzt.

Anmerkung der Protokollführung:

Im Zuge der Erweiterungs- und Umbauarbeiten zur Ganztagschule am JAG kam es zu erheblichen Verschmutzungen auch im Bereich von Turnhalle und Umkleideräumen. Die Beseitigung dieser Verunreinigungen hat nach den Weihnachtsferien einige Zeit in Anspruch genommen. Bei einer Begehung am 15.02.10 befanden sich aber alle Räumlichkeiten in einem gut gereinigten Zustand, insbesondere grobe Verstaubungen waren nicht erkennbar. Lediglich in einer Umkleidekabine stand eine Grundreinigung der Wände noch aus. Die Stundenzahl für die Reinigung der Turnhalle und des Fitnessraumes ist entsprechend der neuen Reinigungsfläche ausgeweitet worden.

4. Turnhallennutzung in den Zeugnisferien

Herr Bolinius berichtet, sein Sportverein habe am vergangenen Dienstag die Turnhalle in Petkum nutzen wollen und dabei festgestellt, dass diese geschlossen sei. Zudem habe der Hausmeister das Schloss ausgewechselt. Er regt an, die städtischen Turnhallen während der Zeugnisferien nicht zu schließen.

Der Vorsitzende schließt die Sitzung.